

Hugo Portisch

"Liebe deinen Nachbarn wie dich selbst. Mit der 'List der Vernunft' in das neue Europa. Die europäische Integration als Modell der Überwindung von nationalen Vorurteilen"

Sir Peter Ustinov. Eines seiner größten Anliegen, wahrscheinlich sein größtes, war Europa; was aus Europa wird – in Anbetracht all der Vorurteile, die in und gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten seit Zeiten gehegt und gepflegt werden. Am 1. Mai 2004 kamen sie dazu, wurden sie in die EU aufgenommen. Es gab feierliche Reden, große Feuerwerke und viele feierten. Viele, aber bei weitem nicht alle. Der ORF begrüßte die neuen Mitglieder mit einer großen Fernsehsendung "Willkommen Europa!". Es war die Sendung mit der niedrigsten Einschaltquote seit vielen Jahren bei einem Hauptabendprogramm und Umfragen bestätigen: die Skeptiker sind in der Mehrzahl: 'Was wirtschaften wir uns da ein?', 'Was wird das alles kosten?' Und in einer seltsamen Mischung von Pessimismus und Schadenfreude, und natürlich gespickt mit Vorurteilen, sieht man die Union bereits scheitern, keine Verfassung zustande bringen, an ihrer Ausdehnung zugrunde gehen.

Verwunderlich ist das nicht. In den letzten Wahlkämpfen hierzulande wurden ganz gezielt die Ängste und Vorurteile der Menschen bedient. Das fing mit Temelin an und wurde mit den Beneš-Dekreten fortgesetzt. Gewiss sind hinter diesen Schlagworten durchaus ernste Probleme verborgen. Aber gerade die Politiker, die sich dieser Themen bedienten wussten genau, dass man diese Probleme, wenn überhaupt, nur im Rahmen der Europäischen Union einer Lösung zuführen kann. Mit Temelin, Beneš und Avnoj, und den damit verbundenen Beitritts-Veto-Drohungen, bediente man natürlich uralte Vorurteile – die in den gleichfalls alten Schimpfwörtern wie 'Sauböhm' und 'Packkrass' (Carl Kraus hatte eine ganze Sammlung der verbalen Umsätze dieser Vorurteile) ihren verbalen Ausdruck fanden und finden. Beim Wort Transit werden schon gleich die Fäuste erhoben, und Brüssel gilt deshalb für viele als das Feindbild schlechthin.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Peter Ustinov zitieren. Zitat: "Einer der bewegendsten Anblicke unserer Zeit ist das Bild von Francois Mitterand und Helmut Kohl, Hand in Hand, wie verlorene Kinder, auf den Totenfeldern von Verdun. Auf einfache Weise dokumentiert es die Entschlossenheit, solcher Irrsinn dürfe sich niemals wiederholen. Die Gegner eines vereinigten Europa vergessen zu leicht, dass beim Gedanken an Europas Einheit nicht bloß kommerzieller Vorteil, sondern die Verhinderung von Konflikten Pate gestanden hat. Die ungewöhnliche Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen sollte sich mancher, der alten Vorurteilen nachtrauert, zum Beispiel nehmen. Alles in allem bietet Europa die größeren Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg, denn dort werden Vorurteile nicht mehr so eifersüchtig am Leben erhalten, wie in den nationalen Parlamenten." So weit Sir Peter.

Ich möchte diesem Hinweis Ustinovs nun folgen: Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen ist fürwahr eine ungewöhnliche. Innerhalb von 70 Jahren haben Deutschland und Frankreich drei Kriege miteinander geführt, fast alle 20 Jahre einen Krieg: 1870, 1914, 1939. Und 1949 fragte man sich in Paris ernstlich, ob das unvermeidlich so weitergehen werde. 1949 war das Jahr in dem die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, Deutschland wieder eine Regierung hatte, eine neue Währung, die DM hatte und Deutschland nun bald seinen

Anteil an der westlichen Verteidigung im Kalten Krieg übernehmen sollte. Wie konnte man den Hexenkreis der Geschichte ein für allemal unterbrechen? Die Idee einer Verteidigungsgemeinschaft an der Frankreich und Deutschland teilnehmen sollten kam auf. Diese traf in Frankreich noch auf starke Ablehnung. So bald nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man den Franzosen die Deutschen noch nicht als Freunde verkaufen. Und aus persönlicher Erfahrung weiß ich, auch so manchem Deutschen nicht die Franzosen. Etwa um diese Zeit begegnete ich Kurt Schuhmacher, dem großen alten Mann der deutschen Sozialdemokratie, der viele Jahre in Hitlers Konzentrationslagern verbracht hatte. Ich sprach ihn auf eine mögliche Verteidigungsgemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland an. Schuhmacher reagierte heftig und mit einem Vorurteil. Wörtlich: "Wenn die Russen angreifen, dann will ich im Flüchtlingsstrom unserer Frauen und Kinder nicht auch noch Scheiß-Franzosen haben, die von der Front fortlaufen." Verzeihen Sie, aber das Zitat wäre nichts wert, wenn ich es nicht wörtlich wiedergeben würde. Misstrauen also gab es auf beiden Seiten. Aber es gab auch kluge Köpfe – unter anderem zwei französische Minister, Monnet und Schuman. Sie waren es, die, würde ich sagen, mit der von Hegel so gut formulierten "List der Vernunft", die Vorurteile umgingen: Niemand musste den anderen gleich als Freund umarmen, ja der Vorschlag sah nicht einmal nach Politik aus. Deutschland und Frankreich sollten eine Kohle- und Stahlunion gründen, eine Montan-Union, in der sie gemeinsam ihre Kohlenbergwerke und Stahlfabriken verwalten und beaufsichtigen würden. Ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Mit einem hochpolitischen Resultat. Ohne Stahl und Kohle gab es keine Rüstung und ohne Rüstung keinen Krieg. Es war ein genialer Plan, Vorurteile und Misstrauen zu umgehen. Und fünf Jahre später 1957 wurde er ausgeweitet zur EWG. Erneut vorgegeben wurde hier zunächst nur eine wirtschaftliche Zielsetzung, so nannte man sie auch: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Das war bisherigen Feinden und ihren Vorurteilen durchaus zuzumuten, da gingen sie mit. Obwohl in den Römer Verträgen, mit denen die EWG gegründet wurde, künftige Ziele schon anvisiert wurden: Wegfall aller Grenzen, ein einziger großer Markt, eine echte Wirtschafts- und Währungsunion. Und das ist das Geheimnis der Fortschritte auf dem Weg zu einem vereinten Europa, über die Wirtschaft die größeren politischen Ziele anzustreben; die Vorurteile zu umgehen, nach und nach den Verzicht auf nationale Souveränität herbeizuführen, den Verzicht auf die Austragung nationaler Interessen mit militärischen Mitteln. Eine Friedenszone zu schaffen.

Die Staaten, die damals nicht mitmachen konnten oder nicht mitmachen wollten, gründeten unter Englands Führung ein Gegenstück zur EWG: die EFTA. In der EFTA sollte niemand auf Souveränität und auf eigene politische Handlungsfähigkeit verzichten. Die EFTA sollte nicht mehr sein als eine Freihandelszone. Die EWG aber, ist eine hochpolitische Institution geblieben und hat bei allen wirtschaftlichen Vorgaben in erster Linie immer politisch gehandelt. Als Beleg dafür kann gelten, dass die EWG keinen Augenblick zögerte, den neuen Demokratien Spanien, Portugal und Griechenland sofort nach Ende der jeweiligen Diktatur (Franco, Salazar, die Obristen in Athen) die Aufnahme anzubieten. Alle drei waren zu diesem Zeitpunkt wirtschaftlich weniger entwickelt als etwa heute Slowenien. Aber darum ging es keinen Moment lang. Es ging darum, die Demokratie in diesen drei Ländern zu stärken, sie vor einem Rückfall in diktatorische Zustände zu bewahren, sie für ein freies demokratisches Europa zu gewinnen. Und durch sie auch die Friedenszone in Europa zu erweitern.

Auch Österreichs Weg in die Europäische Gemeinschaft ist ein Beweis für deren hochpolitische Zielsetzung. Auch da darf ich mit eigener Erfahrung dienen. Als 1957 die Römischen Verträge unterschrieben wurden, war ich Chefredakteur des "Kurier" und wieder einmal bei Bundeskanzler Julius Raab im Kanzleramt zu einer Tasse Kaffee und zu einem Gedankenaustausch eingeladen. Nach längerem Schweigen sagte Raab: "Also, wir gehen dazu". "Wozu, Herr Bundeskanzler?" "Zur EWG". "Und was sagen die Russen dazu?" "Die

wer'n net g'frot". Raab wollte sie nicht fragen, aber sie meldeten sich ungefragt sofort: Kommt nicht in Frage, das käme einem Anschluss an Deutschland gleich und damit einem Bruch des Staatsvertrages. Auch wäre die EWG der wirtschaftliche Unterbau der NATO, ein Beitritt wäre also auch ein Bruch der Neutralität. So konnten Österreich und Finnland nur in die EFTA, und Schweden als Schutzmacht Finnlands auch nur in die EFTA. Mit der Sowjetunion konnte man sich nicht anlegen. Aber die Sowjetunion brach 1990 zusammen und alle drei, Österreich, Finnland und Schweden stellten sofort ihren Antrag auf Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften. Und alle drei wurden sofort willkommen geheißen. Wieder handelte die Gemeinschaft politisch und dehnte die Friedenszone aus.

Nun zu den zehn neuen Mitgliedern der EU. Acht von ihnen befinden sich in Ost-Mitteleuropa: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien. Sie alle haben ein gemeinsames Kennzeichen – keiner dieser Staaten hat 1918 als Staat existiert. Ihre Völker jedoch gab es und jedes von ihnen hat eine rund tausendjährige Geschichte. Aber in diesen vielen Jahren war ihnen immer nur auf kurze Zeit ein eigenes Staatswesen, eine nationalstaatliche Unabhängigkeit gegönnt. Estland, Lettland, Litauen wurden von Schweden erobert und unterworfen, 1918 waren sie russische Provinzen. Polen wurde gleich dreimal geteilt, zwischen Preußen-Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn. Die Tschechen und Slowenen unterstanden der österreichischen Oberhoheit, die Slowaken der ungarischen. Selbst die Ungarn empfanden sich nicht als unabhängig und frei.

Alle diese Völker erhielten erst 1918/19 ihre eigene staatliche und nationale Unabhängigkeit auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Und dieses Recht war ausgewiesenermaßen das oberste Kriegsziel der USA im Ersten Weltkrieg. Der amerikanische Präsident Wilson verkündete dieses Recht und setzte es in den Friedensverträgen von Versailles, St. Germain und Trianon auch durch. Es galt zwar nicht für Deutschland und Österreich, aber doch für alle anderen. Sie hatten also ihre neu gewonnene staatliche Freiheit hauptsächlich den USA zu verdanken. Zwanzig Jahre später hatten sie diese Freiheit allesamt wieder verloren. Zunächst zwischen Hitler und Stalin aufgeteilt, dann zur Gänze von Hitler erobert und danach bis 1989/90 zur Gänze von der Sowjetunion unterworfen. Erst durch den Zusammenbruch der Sowjetunion erlangten sie wieder ihre staatliche und politische Unabhängigkeit. Und wieder waren es die USA, denen der Sieg im Kalten Krieg über die Sowjetunion zuzuschreiben war. Ihre Befreiung, so meinten sie, hätten sie also erneut den Amerikanern zu verdanken. Das wäre nicht besonders erwähnenswert, wenn es nicht im Zusammenhang mit dem Krieg im Irak und mit der höhnischen Bemerkung des amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld über das 'alte' und 'neue' Europa eine Rolle spielte. Rumsfeld hatte diese Staaten gemeint, als er vom neuen Europa sprach – denn diese schlossen sich sofort den USA an und waren bereit, mit ihnen in den Krieg zu gehen. Genauso wie alle acht schon unmittelbar nach der Wiedergewinnung ihrer Selbständigkeit als allererstes den Antrag zur Aufnahme in die NATO stellten. Denn nur in der NATO und vor allem, weil die USA in der NATO die Führungsmacht sind, sehen sie eine Garantie ihrer Sicherheit und damit Freiheit. Völker die Jahrhunderte lang immer wieder von Deutschen und von Russen angegriffen und unterworfen wurden, müssen schon aus einem historischen Reflex heraus Sicherheit vor beiden suchen, vor den Deutschen und den Russen – einerlei ob die nun gerade ungefährlich oder sogar freundschaftlich gesinnt sind. Die Geschichte hat diese Völker gelehrt, dass man nie wissen kann, was morgen oder übermorgen geschieht. Das zum Kapitel 'neues' Europa und die USA.

Nun zum Kapitel, neues Europa und die Europäische Union. Der logische zweite Schritt der acht Mittel-Osteuropäer, die ihre Sicherheit in der NATO unter amerikanischer Führung am besten aufgehoben sehen, sehen ihr wirtschaftliches Wohlergehen, ihre politische Absicherung in der Zukunft, in der EU liegen. Die EU hat gehandelt, wie sie immer schon in dieser Lage

gehandelt hat. Niemand darf draußen vor der Tür stehen gelassen werden. Schon gar nicht Völker, die gerade erst einer Diktatur entkommen sind und die ihre neuen, jungen Demokratien aufzubauen beginnen. Sie sind voll zu unterstützen und daher in die EU aufzunehmen. Aber da gibt es auch den übergeordneten Grund, genau jenen, den Peter Ustinov als so wichtig angeführt hat: Die Einheit Europas dient vor allem der künftigen Vermeidung von Konflikten, also der Vermeidung von Krieg. Ich habe gemeinsam mit Henry Kissinger eine große Fernsehdokumentation erstellt: *Der Zweite Weltkrieg - Hintergründe und Ursachen*. Das war vor mehr als zehn Jahren. Kissinger nahm auf die Schaffung all dieser kleinen Staaten zwischen Ostsee und Adria nach dem Ersten Weltkrieg, nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns und den Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs und des russischen Zarenreichs Bezug. Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei, das klein gewordene Österreich, das kleine Ungarn und das Konglomerat Jugoslawien, sie alle nannte Kissinger ein Zwischeneuropa, ein Europa zwischen Deutschland und Russland. Und er meinte, kein einziger dieser kleinen Staaten war wirklich lebensfähig, sie alle wären spätestens bis 1950 wirtschaftlich total von Deutschland abhängig gewesen und hätten sich politisch danach ausrichten müssen. Hitler habe das nicht erkannt, für ihn zählte nur die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg. Deshalb wollte er diesen Krieg nochmals beginnen und siegen. Das hat das Schicksal dieses Zwischeneuropas durch Hitler und Stalin doppelt besiegelt. Zwischeneuropa, so Kissinger, war immer eine Zone der Begehrlichkeiten von Ost und West. Und es werde immer eine Zone der Unsicherheit sein, wenn es nicht integriert wird in die EU. Das heißt, nicht nur aus moralischen Gründen, auch ganz im Sinne der Ausdehnung der Friedenszone, im Sinne der inneren und äußeren Sicherheit Europas waren diese Staaten in die EU aufzunehmen. Nur dadurch kann Zwischeneuropa stabilisiert werden.

Aber zu gleicher Zeit gab es da noch ein anderes Problem: Deutschland. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gab es die Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands. Aber da hatten einige ihre Bedenken. Frankreich, Großbritannien, Belgien, Holland und Dänemark, überall wurde die Frage gestellt, wie denn Europa aussehen würde, wenn es wieder ein großes vereintes Deutschland gäbe mit mehr als 80 Millionen Einwohnern. Welches Übergewicht würde da den Deutschen zukommen? Wie sehr hätten die Nachbarn dann unter diesem Übergewicht zu leiden? Dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl waren diese Ängste wohl bekannt, auch dem früheren deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Und beide sagten, tun wir nichts, was bei unseren Nachbarn wieder Befürchtungen auslösen könnte, tun wir alles, ihnen die Furcht zu nehmen. Und Helmut Kohl tat genau das. Man betrachte nur die zeitlichen Koinzidenz: Die vier Siegermächte geben ihr Grünes Licht zur Wiedervereinigung und in Maastricht wird ein Vertrag ausgehandelt, der die Europäischen Gemeinschaften in eine echte Wirtschafts- und Währungsunion umwandelt. Wiederum wirtschaftlich im Titel, hoch politisch in der Substanz. Denn in einer echten Wirtschafts- und Währungsunion sollte keiner in der Lage sein, die anderen Mitglieder zu dominieren. Alle müssten sich an die gleichen Spielregeln halten. Auch ein so großes Land wie Deutschland, mit seiner dominierenden Währung, der DM. Einer Währung, die auf dem gesamten Balkan und in Osteuropa bereits mehr galt als die einheimischen Währungen. Da ging Helmut Kohl einen Quantenschritt weiter: Auf dem Altar der europäischen Einigung wurde die DM geopfert. Und mit ihr der Schilling, der Gulden, der Franc usw.

Nun gibt es natürlich jene Kräfte, die genau das tun, was Peter Ustinov ihnen vorwarf. Sie zählen auf, welche Probleme diese Erweiterung der Union mit sich bringt. Die alten EU-Staaten würden von den Menschen aus den neuen EU-Staaten überlaufen werden, die Fabriken würden abwandern in die billigen Oststaaten, die Finanzen der EU würden gesprengt werden – allein schon um die zurückgebliebene Landwirtschaft im Osten zu stützen – und die Union selbst werde unregierbar werden, wenn da 25 Vertreter nationaler Interessen an einem Tisch

säßen. Man sieht's ja schon, sie bringen keine Verfassung zustande, sie wissen nicht, was sie mit so vielen Kommissaren anfangen sollen, die Bürokratie und Korruption feiern fröhliche Urstände in Brüssel. Es gab auf dem langen Weg von der Kohle-Stahl-Union bis zu den Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union immer wieder Hindernisse, ja heftigen Streit, etwa als Großbritannien um die Aufnahme ansuchte und General De Gaulle das verhinderte, als die Franzosen die Arbeit in Brüssel behinderten, indem sie einfach nicht hingingen. Es gab endlose und des Öfteren sogar gescheiterte Verhandlungen bezüglich der Weiterentwicklung der Gemeinschaft. Aber irgendwann fand man die Lösungen, fällte Beschlüsse und setzte Taten. Und was man beschlossen und umgesetzt hatte, das hat bis heute immer gehalten. Ich wage vorauszusagen wie es weitergehen wird. Streit, das Aufeinanderprallen nationaler Interessen, das große Missverständnis, Europas Einheit, Sicherheit und Frieden umsonst zu erhalten, der Versuch, sich Opfer zu ersparen und nur die eigenen Interessen zu wahren, all das wird es immer wieder geben und alle werden dabei lernen müssen. Die alten Mitglieder wissen das schon, die halbwüchsigen, wie Österreich und Dänemark, sind erst dabei, es langsam zu erlernen. Zu erlernen, dass man mit Europa nicht auf dem innenpolitischen Feld Demagogie betreiben darf, ohne dass dies eines Tages als Niederlage gegenüber Brüssel eingestanden werden muss. Sie alle und auch wir werden lernen müssen, dass Europa gar keinen anderen Weg gehen kann, als den der Einigkeit. Was in dieser Europäischen Gemeinschaft einmal als Lösung gefunden und beschlossen wurde, das ist immer geblieben. Kein einziges Mal hat diese Gemeinschaft einen Schritt zurück getan. Sie ist lediglich manchmal lange Zeit vor einer Hürde gestanden, bis sie schließlich auch diese nahm.

Hugo Portisch

"Liebe deinen Nachbarn wie dich selbst. Mit der 'List der Vernunft' in das neue Europa. Die europäische Integration als Modell der Überwindung von nationalen Vorurteilen"

Sir Peter Ustinov. Eines seiner größten Anliegen, wahrscheinlich sein größtes, war Europa; was aus Europa wird – in Anbetracht all der Vorurteile, die in und gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten seit Zeiten gehegt und gepflegt werden. Am 1. Mai 2004 kamen sie dazu, wurden sie in die EU aufgenommen. Es gab feierliche Reden, große Feuerwerke und viele feierten. Viele, aber bei weitem nicht alle. Der ORF begrüßte die neuen Mitglieder mit einer großen Fernsehsendung "Willkommen Europa!". Es war die Sendung mit der niedrigsten Einschaltquote seit vielen Jahren bei einem Hauptabendprogramm und Umfragen bestätigen: die Skeptiker sind in der Mehrzahl: 'Was wirtschaften wir uns da ein?', 'Was wird das alles kosten?' Und in einer seltsamen Mischung von Pessimismus und Schadenfreude, und natürlich gespickt mit Vorurteilen, sieht man die Union bereits scheitern, keine Verfassung zustande bringen, an ihrer Ausdehnung zugrunde gehen.

Verwunderlich ist das nicht. In den letzten Wahlkämpfen hierzulande wurden ganz gezielt die Ängste und Vorurteile der Menschen bedient. Das fing mit Temelin an und wurde mit den Beneš-Dekreten fortgesetzt. Gewiss sind hinter diesen Schlagworten durchaus ernste Probleme verborgen. Aber gerade die Politiker, die sich dieser Themen bedienten wussten genau, dass man diese Probleme, wenn überhaupt, nur im Rahmen der Europäischen Union einer Lösung zuführen kann. Mit Temelin, Beneš und Avnoj, und den damit verbundenen Beitritts-Veto-Drohungen, bediente man natürlich uralte Vorurteile – die in den gleichfalls alten Schimpfwörtern wie 'Sauböhm' und 'Packrass' (Carl Kraus hatte eine ganze Sammlung der verbalen Umsätze dieser Vorurteile) ihren verbalen Ausdruck fanden und finden. Beim Wort Transit werden schon gleich die Fäuste erhoben, und Brüssel gilt deshalb für viele als das Feindbild schlechthin.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Peter Ustinov zitieren. Zitat: "Einer der bewegendsten Anblicke unserer Zeit ist das Bild von Francois Mitterand und Helmut Kohl, Hand in Hand, wie verlorene Kinder, auf den Totenfeldern von Verdun. Auf einfache Weise dokumentiert es die Entschlossenheit, solcher Irrsinn dürfe sich niemals wiederholen. Die Gegner eines vereinigten Europa vergessen zu leicht, dass beim Gedanken an Europas Einheit nicht bloß kommerzieller Vorteil, sondern die Verhinderung von Konflikten Pate gestanden hat. Die ungewöhnliche Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen sollte sich mancher, der alten Vorurteilen nachtrauert, zum Beispiel nehmen. Alles in allem bietet Europa die größeren Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg, denn dort werden Vorurteile nicht mehr so eifersüchtig am Leben erhalten, wie in den nationalen Parlamenten." So weit Sir Peter.

Ich möchte diesem Hinweis Ustinovs nun folgen: Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen ist fürwahr eine ungewöhnliche. Innerhalb von 70 Jahren haben Deutschland und Frankreich drei Kriege miteinander geführt, fast alle 20 Jahre einen Krieg: 1870, 1914, 1939. Und 1949 fragte man sich in Paris ernstlich, ob das unvermeidlich so weitergehen werde. 1949 war das Jahr in dem die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, Deutschland wieder eine Regierung hatte, eine neue Währung, die DM hatte und Deutschland nun bald seinen

Anteil an der westlichen Verteidigung im Kalten Krieg übernehmen sollte. Wie konnte man den Hexenkreis der Geschichte ein für allemal unterbrechen? Die Idee einer Verteidigungsgemeinschaft an der Frankreich und Deutschland teilnehmen sollten kam auf. Diese traf in Frankreich noch auf starke Ablehnung. So bald nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man den Franzosen die Deutschen noch nicht als Freunde verkaufen. Und aus persönlicher Erfahrung weiß ich, auch so manchem Deutschen nicht die Franzosen. Etwa um diese Zeit begegnete ich Kurt Schuhmacher, dem großen alten Mann der deutschen Sozialdemokratie, der viele Jahre in Hitlers Konzentrationslagern verbracht hatte. Ich sprach ihn auf eine mögliche Verteidigungsgemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland an. Schuhmacher reagierte heftig und mit einem Vorurteil. Wörtlich: "Wenn die Russen angreifen, dann will ich im Flüchtlingsstrom unserer Frauen und Kinder nicht auch noch Scheiß-Franzosen haben, die von der Front fortlaufen." Verzeihen Sie, aber das Zitat wäre nichts wert, wenn ich es nicht wörtlich wiedergeben würde. Misstrauen also gab es auf beiden Seiten. Aber es gab auch kluge Köpfe – unter anderem zwei französische Minister, Monnet und Schuman. Sie waren es, die, würde ich sagen, mit der von Hegel so gut formulierten "List der Vernunft", die Vorurteile umgingen: Niemand musste den anderen gleich als Freund umarmen, ja der Vorschlag sah nicht einmal nach Politik aus. Deutschland und Frankreich sollten eine Kohle- und Stahlunion gründen, eine Montan-Union, in der sie gemeinsam ihre Kohlenbergwerke und Stahlfabriken verwalten und beaufsichtigen würden. Ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Mit einem hochpolitischen Resultat. Ohne Stahl und Kohle gab es keine Rüstung und ohne Rüstung keinen Krieg. Es war ein genialer Plan, Vorurteile und Misstrauen zu umgehen. Und fünf Jahre später 1957 wurde er ausgeweitet zur EWG. Erneut vorgegeben wurde hier zunächst nur eine wirtschaftliche Zielsetzung, so nannte man sie auch: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Das war bisherigen Feinden und ihren Vorurteilen durchaus zuzumuten, da gingen sie mit. Obwohl in den Römer Verträgen, mit denen die EWG gegründet wurde, künftige Ziele schon anvisiert wurden: Wegfall aller Grenzen, ein einziger großer Markt, eine echte Wirtschafts- und Währungsunion. Und das ist das Geheimnis der Fortschritte auf dem Weg zu einem vereinten Europa, über die Wirtschaft die größeren politischen Ziele anzustreben; die Vorurteile zu umgehen, nach und nach den Verzicht auf nationale Souveränität herbeizuführen, den Verzicht auf die Austragung nationaler Interessen mit militärischen Mitteln. Eine Friedenszone zu schaffen.

Die Staaten, die damals nicht mitmachen konnten oder nicht mitmachen wollten, gründeten unter Englands Führung ein Gegenstück zur EWG: die EFTA. In der EFTA sollte niemand auf Souveränität und auf eigene politische Handlungsfähigkeit verzichten. Die EFTA sollte nicht mehr sein als eine Freihandelszone. Die EWG aber, ist eine hochpolitische Institution geblieben und hat bei allen wirtschaftlichen Vorgaben in erster Linie immer politisch gehandelt. Als Beleg dafür kann gelten, dass die EWG keinen Augenblick zögerte, den neuen Demokratien Spanien, Portugal und Griechenland sofort nach Ende der jeweiligen Diktatur (Franco, Salazar, die Obristen in Athen) die Aufnahme anzubieten. Alle drei waren zu diesem Zeitpunkt wirtschaftlich weniger entwickelt als etwa heute Slowenien. Aber darum ging es keinen Moment lang. Es ging darum, die Demokratie in diesen drei Ländern zu stärken, sie vor einem Rückfall in diktatorische Zustände zu bewahren, sie für ein freies demokratisches Europa zu gewinnen. Und durch sie auch die Friedenszone in Europa zu erweitern.

Auch Österreichs Weg in die Europäische Gemeinschaft ist ein Beweis für deren hochpolitische Zielsetzung. Auch da darf ich mit eigener Erfahrung dienen. Als 1957 die Römischen Verträge unterschrieben wurden, war ich Chefredakteur des "Kurier" und wieder einmal bei Bundeskanzler Julius Raab im Kanzleramt zu einer Tasse Kaffee und zu einem Gedankenaustausch eingeladen. Nach längerem Schweigen sagte Raab: "Also, wir gehen dazu". "Wozu, Herr Bundeskanzler?" "Zur EWG". "Und was sagen die Russen dazu?" "Die

wer'n net g'frot". Raab wollte sie nicht fragen, aber sie meldeten sich ungefragt sofort: Kommt nicht in Frage, das käme einem Anschluss an Deutschland gleich und damit einem Bruch des Staatsvertrages. Auch wäre die EWG der wirtschaftliche Unterbau der NATO, ein Beitritt wäre also auch ein Bruch der Neutralität. So konnten Österreich und Finnland nur in die EFTA, und Schweden als Schutzmacht Finnlands auch nur in die EFTA. Mit der Sowjetunion konnte man sich nicht anlegen. Aber die Sowjetunion brach 1990 zusammen und alle drei, Österreich, Finnland und Schweden stellten sofort ihren Antrag auf Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften. Und alle drei wurden sofort willkommen geheißen. Wieder handelte die Gemeinschaft politisch und dehnte die Friedenszone aus.

Nun zu den zehn neuen Mitgliedern der EU. Acht von ihnen befinden sich in Ost-Mitteleuropa: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien. Sie alle haben ein gemeinsames Kennzeichen – keiner dieser Staaten hat 1918 als Staat existiert. Ihre Völker jedoch gab es und jedes von ihnen hat eine rund tausendjährige Geschichte. Aber in diesen vielen Jahren war ihnen immer nur auf kurze Zeit ein eigenes Staatswesen, eine nationalstaatliche Unabhängigkeit gegönnt. Estland, Lettland, Litauen wurden von Schweden erobert und unterworfen, 1918 waren sie russische Provinzen. Polen wurde gleich dreimal geteilt, zwischen Preußen-Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn. Die Tschechen und Slowenen unterstanden der österreichischen Oberhoheit, die Slowaken der ungarischen. Selbst die Ungarn empfanden sich nicht als unabhängig und frei.

Alle diese Völker erhielten erst 1918/19 ihre eigene staatliche und nationale Unabhängigkeit auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Und dieses Recht war ausgewiesenermaßen das oberste Kriegsziel der USA im Ersten Weltkrieg. Der amerikanische Präsident Wilson verkündete dieses Recht und setzte es in den Friedensverträgen von Versailles, St. Germain und Trianon auch durch. Es galt zwar nicht für Deutschland und Österreich, aber doch für alle anderen. Sie hatten also ihre neu gewonnene staatliche Freiheit hauptsächlich den USA zu verdanken. Zwanzig Jahre später hatten sie diese Freiheit allesamt wieder verloren. Zunächst zwischen Hitler und Stalin aufgeteilt, dann zur Gänze von Hitler erobert und danach bis 1989/90 zur Gänze von der Sowjetunion unterworfen. Erst durch den Zusammenbruch der Sowjetunion erlangten sie wieder ihre staatliche und politische Unabhängigkeit. Und wieder waren es die USA, denen der Sieg im Kalten Krieg über die Sowjetunion zuzuschreiben war. Ihre Befreiung, so meinten sie, hätten sie also erneut den Amerikanern zu verdanken. Das wäre nicht besonders erwähnenswert, wenn es nicht im Zusammenhang mit dem Krieg im Irak und mit der höhnischen Bemerkung des amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld über das 'alte' und 'neue' Europa eine Rolle spielte. Rumsfeld hatte diese Staaten gemeint, als er vom neuen Europa sprach – denn diese schlossen sich sofort den USA an und waren bereit, mit ihnen in den Krieg zu gehen. Genauso wie alle acht schon unmittelbar nach der Wiedergewinnung ihrer Selbständigkeit als allererstes den Antrag zur Aufnahme in die NATO stellten. Denn nur in der NATO und vor allem, weil die USA in der NATO die Führungsmacht sind, sehen sie eine Garantie ihrer Sicherheit und damit Freiheit. Völker die Jahrhunderte lang immer wieder von Deutschen und von Russen angegriffen und unterworfen wurden, müssen schon aus einem historischen Reflex heraus Sicherheit vor beiden suchen, vor den Deutschen und den Russen – einerlei ob die nun gerade ungefährlich oder sogar freundschaftlich gesinnt sind. Die Geschichte hat diese Völker gelehrt, dass man nie wissen kann, was morgen oder übermorgen geschieht. Das zum Kapitel 'neues' Europa und die USA.

Nun zum Kapitel, neues Europa und die Europäische Union. Der logische zweite Schritt der acht Mittel-Osteuropäer, die ihre Sicherheit in der NATO unter amerikanischer Führung am besten aufgehoben sehen, sehen ihr wirtschaftliches Wohlergehen, ihre politische Absicherung in der Zukunft, in der EU liegen. Die EU hat gehandelt, wie sie immer schon in dieser Lage

gehandelt hat. Niemand darf draußen vor der Tür stehen gelassen werden. Schon gar nicht Völker, die gerade erst einer Diktatur entkommen sind und die ihre neuen, jungen Demokratien aufzubauen beginnen. Sie sind voll zu unterstützen und daher in die EU aufzunehmen. Aber da gibt es auch den übergeordneten Grund, genau jenen, den Peter Ustinov als so wichtig angeführt hat: Die Einheit Europas dient vor allem der künftigen Vermeidung von Konflikten, also der Vermeidung von Krieg. Ich habe gemeinsam mit Henry Kissinger eine große Fernsehdokumentation erstellt: *Der Zweite Weltkrieg - Hintergründe und Ursachen*. Das war vor mehr als zehn Jahren. Kissinger nahm auf die Schaffung all dieser kleinen Staaten zwischen Ostsee und Adria nach dem Ersten Weltkrieg, nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns und den Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs und des russischen Zarenreichs Bezug. Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei, das klein gewordene Österreich, das kleine Ungarn und das Konglomerat Jugoslawien, sie alle nannte Kissinger ein Zwischeneuropa, ein Europa zwischen Deutschland und Russland. Und er meinte, kein einziger dieser kleinen Staaten war wirklich lebensfähig, sie alle wären spätestens bis 1950 wirtschaftlich total von Deutschland abhängig gewesen und hätten sich politisch danach ausrichten müssen. Hitler habe das nicht erkannt, für ihn zählte nur die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg. Deshalb wollte er diesen Krieg nochmals beginnen und siegen. Das hat das Schicksal dieses Zwischeneuropas durch Hitler und Stalin doppelt besiegelt. Zwischeneuropa, so Kissinger, war immer eine Zone der Begehrlichkeiten von Ost und West. Und es werde immer eine Zone der Unsicherheit sein, wenn es nicht integriert wird in die EU. Das heißt, nicht nur aus moralischen Gründen, auch ganz im Sinne der Ausdehnung der Friedenszone, im Sinne der inneren und äußeren Sicherheit Europas waren diese Staaten in die EU aufzunehmen. Nur dadurch kann Zwischeneuropa stabilisiert werden.

Aber zu gleicher Zeit gab es da noch ein anderes Problem: Deutschland. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gab es die Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands. Aber da hatten einige ihre Bedenken. Frankreich, Großbritannien, Belgien, Holland und Dänemark, überall wurde die Frage gestellt, wie denn Europa aussehen würde, wenn es wieder ein großes vereintes Deutschland gäbe mit mehr als 80 Millionen Einwohnern. Welches Übergewicht würde da den Deutschen zukommen? Wie sehr hätten die Nachbarn dann unter diesem Übergewicht zu leiden? Dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl waren diese Ängste wohl bekannt, auch dem früheren deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Und beide sagten, tun wir nichts, was bei unseren Nachbarn wieder Befürchtungen auslösen könnte, tun wir alles, ihnen die Furcht zu nehmen. Und Helmut Kohl tat genau das. Man betrachte nur die zeitlichen Koinzidenz: Die vier Siegermächte geben ihr Grünes Licht zur Wiedervereinigung und in Maastricht wird ein Vertrag ausgehandelt, der die Europäischen Gemeinschaften in eine echte Wirtschafts- und Währungsunion umwandelt. Wiederum wirtschaftlich im Titel, hoch politisch in der Substanz. Denn in einer echten Wirtschafts- und Währungsunion sollte keiner in der Lage sein, die anderen Mitglieder zu dominieren. Alle müssten sich an die gleichen Spielregeln halten. Auch ein so großes Land wie Deutschland, mit seiner dominierenden Währung, der DM. Einer Währung, die auf dem gesamten Balkan und in Osteuropa bereits mehr galt als die einheimischen Währungen. Da ging Helmut Kohl einen Quantenschritt weiter: Auf dem Altar der europäischen Einigung wurde die DM geopfert. Und mit ihr der Schilling, der Gulden, der Franc usw.

Nun gibt es natürlich jene Kräfte, die genau das tun, was Peter Ustinov ihnen vorwarf. Sie zählen auf, welche Probleme diese Erweiterung der Union mit sich bringt. Die alten EU-Staaten würden von den Menschen aus den neuen EU-Staaten überlaufen werden, die Fabriken würden abwandern in die billigen Oststaaten, die Finanzen der EU würden gesprengt werden – allein schon um die zurückgebliebene Landwirtschaft im Osten zu stützen – und die Union selbst werde unregierbar werden, wenn da 25 Vertreter nationaler Interessen an einem Tisch

säßen. Man sieht's ja schon, sie bringen keine Verfassung zustande, sie wissen nicht, was sie mit so vielen Kommissaren anfangen sollen, die Bürokratie und Korruption feiern fröhliche Urstände in Brüssel. Es gab auf dem langen Weg von der Kohle-Stahl-Union bis zu den Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union immer wieder Hindernisse, ja heftigen Streit, etwa als Großbritannien um die Aufnahme ansuchte und General De Gaulle das verhinderte, als die Franzosen die Arbeit in Brüssel behinderten, indem sie einfach nicht hingingen. Es gab endlose und des Öfteren sogar gescheiterte Verhandlungen bezüglich der Weiterentwicklung der Gemeinschaft. Aber irgendwann fand man die Lösungen, fällte Beschlüsse und setzte Taten. Und was man beschlossen und umgesetzt hatte, das hat bis heute immer gehalten. Ich wage vorauszusagen wie es weitergehen wird. Streit, das Aufeinanderprallen nationaler Interessen, das große Missverständnis, Europas Einheit, Sicherheit und Frieden umsonst zu erhalten, der Versuch, sich Opfer zu ersparen und nur die eigenen Interessen zu wahren, all das wird es immer wieder geben und alle werden dabei lernen müssen. Die alten Mitglieder wissen das schon, die halbwüchsigen, wie Österreich und Dänemark, sind erst dabei, es langsam zu erlernen. Zu erlernen, dass man mit Europa nicht auf dem innenpolitischen Feld Demagogie betreiben darf, ohne dass dies eines Tages als Niederlage gegenüber Brüssel eingestanden werden muss. Sie alle und auch wir werden lernen müssen, dass Europa gar keinen anderen Weg gehen kann, als den der Einigkeit. Was in dieser Europäischen Gemeinschaft einmal als Lösung gefunden und beschlossen wurde, das ist immer geblieben. Kein einziges Mal hat diese Gemeinschaft einen Schritt zurück getan. Sie ist lediglich manchmal lange Zeit vor einer Hürde gestanden, bis sie schließlich auch diese nahm.